Frankfurter Allgemeine
22.02.2023 - Aktualisiert: 25.02.2023, 17:44 Uhr
https://www.faz.net/-gqe-b4qvc

Transnet-BW-Verkauf

Das Stromnetz im Staatsdickicht

Das Übertragungsnetz im Südwesten soll teilweise verkauft werden. Manche Politiker schüren dabei alberne Ängste vor privaten Investoren. Für die Energiewende ist das mehr als hinderlich.

Von GUSTAV THEILE, STUTTGART

© dpa

Strommasten bei Kenzingen im Rheintal

Es ist eigentlich eine Posse, die aber viel über das ganze Land aussagt. Das Übertragungsnetz in Baden-Württemberg soll teilweise privatisiert werden, teilweise verstaatlicht werden. Gleich sind die Sorgen groß, dass kritische Infrastruktur an Privatinvestoren verkauft werde.

Manche Politiker sind sich nicht zu schade, ohne erkennbare Grundlage davor zu warnen, dass die Chinesen einsteigen könnten, und ziehen den Vergleich zum Terminal am Hamburger Hafen. Selbst das Feindbild des Investors Blackrock, der sich nie an dem Bieterverfahren beteiligt hat, bemüht der CDU-Fraktionsvorsitzende Manuel Hagel. Was sein Parteivorsitzender Friedrich Merz, der einst für Blackrock gearbeitet hat, wohl davon hält?

Konkret geht es darum, dass der Energiekonzern ENBW 49,9 Prozent der Anteile an dem Übertragungsnetzbetreiber Transnet BW verkaufen will. Begründet wird der Schritt mit all den Investitionen, die nötig sind, um die Netze fit für die Energiewende zu machen.

Der Verkauf wird auf zwei Tranchen zu je 24,95 Prozent aufgeteilt. Eine soll an die Staatsbank KfW gehen, die nicht mitbietet, aber zu den mit den Bietern ausgehandelten Konditionen einen Anteil kaufen kann und das wohl auch tun wird. An dem Bieterverfahren selbst soll neben den baden-württembergischen Sparkassen der Ökostrom-Investor Copenhagen Infrastructure Partners beteiligt sein.

Die Politik hat zu viel zu sagen

Das größte Privatisierungsgespenst ist also offensichtlich, dass ein Ökostrominvestor, der eng mit einem großen dänischen Pensionsfonds zusammenarbeitet, einen Minderheitsanteil am Übertragungsnetz im Südwesten kauft. Da zeigt sich, ironisch ausgedrückt, der globale Finanzkapitalismus von seiner dreckigsten Seite.

Kommen die Sparkassen zum Zug, ist der Deal nicht viel mehr als ein großer Verschiebebahnhof der öffentlichen Hand. Die Sparkassen sind in kommunaler Trägerschaft, die KfW eine Staatsbank und ENBW selbst auch fast ein Staatskonzern. Der Energieriese gehört zu je knapp 47 Prozent dem Land Baden-Württemberg und den OEW, einem Verbund von Landkreisen aus Oberschwaben. Der grüne Finanzminister Danyal Bayaz sitzt im Aufsichtsrat – und wird deshalb auch aus den eigenen Reihen heftig für den geplanten Teilverkauf angegangen.

Um externe Inhalte anzuzeigen, ist Ihre widerrufliche Zustimmung nötig. Dabei können personenbezogene Daten von Drittplattformen (ggf. USA) verarbeitet werden. Weitere Informationen.
Externe Inhalte aktivieren

Das eigentliche Problem ist nicht die Mini-Privatisierung. Der dringend nötige Umbau und Ausbau der Stromnetze krankt nicht daran, dass die Politik zu wenig, sondern eher daran, dass sie zu viel zu sagen hat. Jeder Bürgermeister, Landrat und Landesminister kämpft für sein Wahlvolk. Das ist seine Aufgabe, aber es ist – wie man an der schleppenden Ertüchtigung der Netze sieht – nicht unbedingt im Sinne der Energiewende.

Wenn Transnet BW durch dieses Linke-Tasche-rechte-Tasche-Spiel der öffentlichen Hand noch politischer wird, könnten sich die Akteure hoffnungslos ineinander verkeilen, ohne dass irgendetwas vorwärts geht. Dagegen könnte ein privater Ökostrominvestor hilfreich sein. Mit einem Minderheitsanteil hat er zwar wenig Mitspracherecht, kann aber Impulse setzen und mit Erfahrungen aus der ganzen Welt Lösungen aufzeigen, an die man in Schwaben und Baden nicht gedacht hätte.

Der Verkauf bewegt die Landespolitik seit Monaten. Es ist richtig, dass die Zukunft öffentlicher Infrastruktur öffentlich diskutiert wird. Wenn die Politik allerdings mit aus der Luft gegriffenen Warnungen Stimmung macht, vergrault sie Investoren und nährt Zweifel an der Verlässlichkeit öffentlicher Partner. Der Effekt: Es gibt weniger Investoren, es fließt weniger Kapital, im Bieterverfahren sinkt der Preis, für die Energiewende ist weniger Geld vorhanden.

Interessenkonflikte lassen sich kaum vermeiden

Nicht ausgeschlossen, dass mancher das sogar bezweckt – und das zeigt das ganze Dilemma: CDU-Fraktionschef Hagel fordert, dass öffentliche Infrastruktur in öffentliche Hände gehöre. Er war vor seinem Einzug in den Landtag Filialdirektor einer Sparkasse. Der Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg, Peter Schneider, ist CDU-Politiker, war früher ENBW-Aufsichtsratschef und als Landrat Teil des ENBW-Großaktionärs OEW.

Die OEW waren dem Vernehmen nach von Anfang an nicht begeistert von dem Teilverkauf,

viele der Landräte sind CDU-Politiker und reden in den Sparkassen ein gehöriges Wörtchen mit. Deshalb fragen sich im ENBW-Konzern hinter vorgehaltener Hand manche, ob Hagel das Spiel der OEW und der Sparkassen spielt.

Belegen lässt sich davon nichts. Darum geht es auch gar nicht. Es geht darum, dass sich Interessenkonflikte in diesem öffentlich-rechtlichen Dickicht kaum vermeiden lassen. Demgegenüber haben private Investoren einen entscheidenden Vorteil. Man weiß, was sie wollen: Geld. Das muss man nicht sympathisch finden. Für die Energiewende ist das aber das kleinere Übel.

Quelle: F.A.Z.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2023
Alle Rechte vorbehalten.